Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. "Mit Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen"
2. Der Russe kommt. Vielleicht
3. Hegemoniale Strategien und Kaninchen aus dem Hut
4. EU plant Nord-Stream-Verbot und Swift-Aus für Putins Banken
5. Braindead – Was die Tagesschau und Joe Biden gemeinsam haben
6. Selenski will den Gewerkschaften ans Leder
7. Erklärung des Erhard-Eppler-Kreises 22. Mai 2025
8. Nahost-Experte Olivier Roy: „Israel will die Palästinenser aus dem Gazastreifen vertreiben, koste es, was es wolle"
9. Brexit oder die Freiheit, die ich gar nicht wollte
10. Aus dem einstmals mächtigen Stahlkonzern wird ein Ökozwerg

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **"Mit Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen"**
   Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat die hohen Verteidigungsausgaben verteidigt – sowie den Plan der Nato, diese weiter zu steigern. Im Deutschlandfunk sagte Pistorius, aufgrund der aktuellen Bedrohungslage gehe es darum, "unsere Streitkräfte abschreckungsfähig zu machen und auch in den Stand zu versetzen, wenn es trotz Abschreckung zu einer militärischen Auseinandersetzung

kommt, in dieser zu bestehen".
Ziel sei, die Nato-Mitgliedsstaaten so aufzustellen, dass es gar nicht erst zu einem Krieg komme. Diplomatie könnte man zudem nur aus einer Position der Stärke heraus betreiben. "Mit Sozialleistungen und mit Bildung lässt sich dieses Land nicht verteidigen", sagte der Minister. Auch andere SPD-Politiker hätten in der Vergangenheit darauf gesetzt, Krieg durch Abschreckung zu verhindern, sagte Pistorius und verwies auf die SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt
Quelle: Zeit Online

Anmerkung Christian Reimann: *Der SPD-Spitzenpolitiker und amtierende Bundesminister für Verteidigung demonstriert eindrucksvoll, dass Gelder für Bildung und Wissenschaft auch zu lediglich rein formal guten – auch akademischen – Abschlüssen führen können. Verdrängt oder vergessen hat der ehemalige Oberbürgermeister der historischen Friedensstadt Osnabrück wohl seinen fragenden Satz „Was gibt es Schöneres, als Brezeln an Kinder zu verteilen, die vom Friedensgedanken beseelt sind?". Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Offenen Brief an Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, mit dem auch eine Petition der Osnabrücker Friedensinitiative verbunden ist. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:*

a. *Kriegstüchtigkeit „Gebot der Stunde" – Herr Pistorius, bitte verlassen Sie die Politik!*
b. *Pistorius ist ein Angstmacher, und Angst ist ein Gehirntöter*
c. *Von „Nie wieder Krieg" zur „Kriegstüchtigkeit" – Wie bleiben wir selbstständig denkende Menschen?*

dazu: **Pistorius und Breuer schließen verpflichtenden Wehrdienst nicht aus**
Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will einen Pflicht-Wehrdienst wie in der Vergangenheit für die Zukunft nicht ausschließen. "Wir setzen bei unserem Modell zunächst auf Freiwilligkeit", sagte Pistorius der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. "Und wenn der Zeitpunkt kommen sollte, an dem wir mehr Kapazitäten zur Verfügung haben als freiwillige Meldungen, dann wird gegebenenfalls entschieden werden, dass wir verpflichtend einziehen."
Ähnlich äußerte sich der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer. Durch die für Männer verpflichtenden und Frauen freiwilligen Fragebögen würden sich junge Menschen mehr mit der Truppe beschäftigen, sagte er im Deutschlandfunk. Das alte verpflichtende Wehrdienstmodell bezeichnete er als "eine Art Rückversicherung". Dies könne schnell aktiviert werden, wenn die freiwillige Lösung nicht ausreiche und die Bedrohungslage weiter steige.

Quelle: Zeit Online

dazu auch: **Anwerbung: Warum Tausende Minderjährige Postkarten von der Bundeswehr erhalten**
Die Bundeswehr wirbt mit personalisierten Postkarten gezielt um Menschen, die im kommenden Jahr 18 Jahre alt werden. In den nächsten Jahren will die Armee größer werden – und auch Jüngere werden eingestellt.
"Du willst wissen, welche Chancen und Perspektiven die Bundeswehr für dich bietet?" Mit diesem Satz beginnt eine Werbepostkarte, die in den vergangenen Tagen an Tausende Minderjährige in der Region verschickt wurde. Beworben wird ein Informationstag der Bundeswehr. Ziel der Veranstaltung ist es, Nachwuchs für die Truppe zu gewinnen. […]
Rund 650.000 personalisierte Infoschreiben wurden dieses Jahr deutschlandweit an 16- und 17-Jährige verschickt, wie das Bundesverteidigungsministerium auf eine Anfrage von rbb|24 mitteilte. Die Aktion erfolge seit 2011 ein- bis zweimal pro Jahr.
Quelle: rbb24

2. **Der Russe kommt. Vielleicht**
Immer wieder wird ein internes Nato-Papier zitiert: Demnach könnte Russland 2029 über genügend Waffen verfügen, um Europa anzugreifen. Russland sei 2029 zu einem »großmaßstäblichen Krieg in der Lage«, sagte etwa der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer. Und auch SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius sagte: »Bis 2029 müssen wir kriegstüchtig sein.«
Aber woher wissen die Experten denn so genau, was Putin plant? Die ZEIT hat einige von ihnen interviewt, alle Aussagen wurden schriftlich autorisiert. […]
Neitzel: Wir können heute die Folgen des Aufrüstens nicht kennen – schreckt es Russland ab, oder hat es den gegenteiligen Effekt? Auch Aufrüstung garantiert keinen Frieden. Die Briten rüsteten vor dem Zweiten Weltkrieg auf, um Hitler abzuschrecken, und im Ersten Weltkrieg führte Aufrüstung zu Psychosen und Kriegsstimmung. Ich halte es aber heute für wahrscheinlicher, dass es abschreckt.
Quelle 1: Zeit Online
Quelle 2: Zeit E-Paper

Anmerkung André Tautenhahn: *Interessant, Neitzel führt zwei Belege an, die seine These widerlegen.*

dazu auch: **Belgiens Verteidigungsminister gibt zu: Ukraine-Waffenruhe dient Einmarsch von NATO-Truppen**

Dass Moskau mit seiner Lesart völlig richtig liegt, hat der belgische Verteidigungsminister Theo Francken nun freimütig bestätigt. Am Rande des Treffens des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am Dienstag in Brüssel, an dem auch Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius teilnahm, sagte der Belgier: "Es gibt eine Planungsgruppe der Koalition der Willigen, die unter der Leitung der Briten und Franzosen arbeitet. Sie arbeiten einen Plan aus, und sie arbeiten sehr eng zusammen. Wir sind so gut wie am Ziel. Ich denke also, dass sich die Sache in die richtige Richtung entwickelt."
Und dann sagte er den Satz, der deutlich macht, dass die "Koalition der Willigen" einen Waffenstillstand nur als Zeitfenster nutzen will, um eigene Truppen in der Ukraine zu stationieren:
"In dem Moment, in dem es einen Waffenstillstand gibt, kann die Koalition der Willigen sofort auf ukrainischem Boden operieren."
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Wahnsinn, die Entscheidungsträgerschaft innerhalb von EU und NATO ist bereit, wegen der Ukraine die eigene Bevölkerung in einem Krieg mit der Atommacht Russland aufs Spiel zu setzen bzw. zu opfern. Wer es bisher nicht wahrhaben wollte: Das Friedensprojekt EU ist am Ende und hat sich in ein Kriegsprojekt verwandelt. Dazu passt der ehemalige Oberbürgermeister der historischen Friedensstadt Osnabrück, der zu einem Politiker geworden ist, der im Goebbels-Sprech Kriegstüchtigkeit fordert – u.a. hier und hier thematisiert.*

3. **Hegemoniale Strategien und Kaninchen aus dem Hut**
Über die USA und ihre Kriege, langfristig geplant, propagandistisch aufgezäumt und über Realitätsverluste
„So funktioniert die Welt nicht mehr…Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität. Und während Ihr diese Realität studiert – mit Bedacht, wie Ihr wollt – werden wir wieder handeln und andere neue Realitäten schaffen, die Ihr ebenfalls studieren könnt, und so werden sich die Dinge klären. Wir sind die Akteure der Geschichte … und Euch, allen von Euch bleibt nichts anderes mehr übrig als zu studieren, was wir tun."
Diese Äußerungen eines Beraters des Weißen Hauses dokumentierte der US-Journalist Ron Suskind in seinem Artikel über die Präsidentschaft von G.W. Bush jr. im Jahr 2004. Suskind betrachtete diese Präsidentschaft als „glaubensbasiert". Sie setze auf Gefolgschaft. Sich selbst rechnete er zu den Erben der Aufklärung.
Quelle: Petra Erler

dazu auch: **Ukrainische Delegation in Berlin: Dinner mit »Asow«-Faschisten**
Ukrainische Delegation zu Besuch im Bundestag. Mit dabei: Bekennende Bandera-Anhänger und Hitler-Bewunderer […]
Der unabhängige Publizist Moss Robeson hatte bereits im Herbst 2024 unappetitliche Fakten über Walerij Horischnij freigelegt: Dieser hatte sich bereits im Alter von zwölf Jahren der neonazistischen Organisation »Patriot der Ukraine« angeschlossen, die für die »Sozial-Nationale Versammlung« als paramilitärischer Arm fungiert. Beide Gruppierungen, deren Führer der heutige Oberkommandeur der »Asow«-Einheiten in der ukrainischen Armee, Andrij Bilezkij, war, orientierten ihre Programmatik an Hitlers NSDAP, inklusive Vernichtungsantisemitismus.
Quelle: junge Welt

4. **EU plant Nord-Stream-Verbot und Swift-Aus für Putins Banken**
Die EU-Kommission will in ihrem 18. Sanktionspaket neben der Nord-Stream-Pipeline auch das russische Finanzsystem ins Visier nehmen. Das Finanz- und Wirtschaftsportal Bloomberg berichtet, dass mehr als 20 russische Banken aus dem internationalen Zahlungsverkehrssystem Swift ausgeschlossen werden sollen. Wann das neue Paket in Kraft treten werde, ist demnach noch unklar: Die Sanktionen müssen mit allen Mitgliedstaaten abgestimmt und einstimmig beschlossen werden.
Quelle: n-tv

Anmerkung Christian Reimann: *Ist die EU-Kommission überhaupt noch zur Diplomatie fähig? Die geplanten Sanktionen dürften – mal wieder – vor allem deutschen Interessen zuwiderlaufen. Wenn der neue Bundeskanzler für das Nord-Stream-Verbot ist, drückt er damit auch aus, dass deutsche Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen auf günstige Energie direkt aus Russland durch das deutsch-russische Projekt Nord-Stream verzichten müssen. Bereits Kanzler Scholz war noch weniger souverän als das Land, das er regiert. Das seinerzeitige Schweigen gegenüber US-Präsident Biden war schon schlimm. Aber der BlackRock-Kanzler Merz stellt es mit seinem Agieren locker in den Schatten. So wird Schaden nicht abgewendet, sondern zugefügt. Bitte lesen Sie dazu auch Die EU-Sanktionen gegen Lipp und Röper sind ein Skandal.*

dazu auch: **Und: Sanktionen über alles!**
Sanktionen, Sanktionen, Sanktionen, ist was es braucht. Da es bisher so „gut“ funktioniert hat, bringt die EU ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg und verschärft den Kampf um die Meinungsfreiheit mit Sanktionen gegen EU-Bürger. (…)

Das alles erscheint wie ein Test, was sich die EU-Bevölkerungen gefallen lassen ohne aufzumucken. Es braucht eine laute Gegenöffentlichkeit, damit die EU nicht damit durchkommt. Auf das sie viele Gegner hat und sich an den eigenen pösen, pösen EU-Bevölkerungen die Zähne ausbeißt. Diese undemokratische EU hat fertig. Lassen wir sie nicht länger fauchen und stinken und lösen sie endlich auf. Ein Bad soll Wunder bewirken. Eine durch Brautraub traumatisierte Europa braucht niemand.
Quelle: Tobias Augenbraun in Free21

und: Friedensarbeit als Landesverrat
Das 17. Sanktionspaket der EU gegen Russland nimmt nicht nur Öltanker ins Visier, sondern auch Journalisten, die sich um Versöhnung bemühen.
Am 20. Mai 2025 setzte Brüssel das wenige Tage zuvor beschlossene 17. Sanktionspaket gegen Russland in Kraft. Es eskaliert den Konflikt in eine bislang nicht vorhandene Dimension. Nach außen werden konkrete Schritte hin zu einem Krieg in der Ostsee vorbereitet und nach innen nehmen sich Kaja Kallas und Konsorten unbotmäßige Journalistinnen und Journalisten vor. Erstmals landeten zwei deutsche Staatsbürger auf der Sanktionsliste.
Quelle: Hannes Hofbauer in Manova

5. **Braindead – Was die Tagesschau und Joe Biden gemeinsam haben**
Die Tagesschau bescheinigte Joe Biden vor einem Jahr beste Gesundheit. Heute ist klar: Biden war zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr in der Lage, sein Amt auszufüllen. Eine Aufarbeitung ist aber nicht zu erwarten. Der Mainstream ist ähnlich hirntot wie Biden. Lediglich die Reflexe funktionieren noch. (…)
Das Buch “Original Sin: President Biden’s Decline, Its Cover-Up, and His Disastrous Choice to Run Again” sorgt derzeit in den USA für Aufsehen. Rund 200 Quellen kommen darin zu Wort und geben Auskunft über eine Verschwörung, an der auch die Tagesschau durch ihre Unprofessionalität teilhatte. Der besorgniserregende kognitive Zustand Bidens wurde von seinem Umfeld aus Gründen des Machterhalts verschwiegen und kaschiert. Ein ganzes System der Verheimlichung und Beschwichtigung wurde installiert, um den Anschein eines handlungsfähigen Präsidenten aufrechtzuerhalten. Teil dieses Systems war auch die Tagesschau und mit ihr Pascal Siggelkow – vermutlich mehr aus obrigkeitshöriger Unterwürfigkeit und mangelnder Professionalität als aus böser Absicht. Biden ist seit langem dement.
Quelle: Gert Ewen Ungar in RT DE

dazu: **How the US Government Built the Anti-Disinformation Field**
Today, liber-net is launching a searchable database of almost 900 US federal

government awards to counter mis-, dis-, and malinformation (MDM) and other content moderation initiatives, covering the period from 2010 to 2025.
Quelle: Brownstone Institute

6. **Selenski will den Gewerkschaften ans Leder**
   Neoliberale in Kiew wollen das Arbeitsrecht schleifen. Und müssen dazu erst die Gewerkschaften aus dem Weg räumen.
   Angedroht hatte es Wolodimir Selenski schon lange. Nun hat der ¬ukrainische Staatschef ernst gemacht. Er liess das «Haus der Gewerkschaften» beschlagnahmen und an einen privaten Manager übertragen. Damit verliert der landesweit grösste Gewerkschaftsbund FPU nicht nur seinen Verwaltungshauptsitz im Zentrum Kiews, sondern auch seine historisch wichtigste Immobilie.
   Quelle: work
7. **Erklärung des Erhard-Eppler-Kreises 22. Mai 2025**
   Vom 2. März bis zum 19. Mai hat die israelische Regierung die Lieferung humanitärer Güter in den Gaza-Streifen vollständig verhindert: Keine Lebensmittel, kein Trinkwasser, keine Medikamente, kein Strom und kein Treibstoff. Am 19. Mai konnten zum ersten Mal seit mehr als zweieinhalb Monaten wenige Lkw für das Leben und Überleben der Bevölkerung in Gaza notwendige Güter nach Gaza bringen, die in keinem Verhältnis zu dem stehen, was dringend notwendig ist. Gleichzeitig bombardiert das israelische Militär weiter Gaza und vertreibt die Menschen. Nach Auffassung aller unabhängigen Beobachter ist die humanitäre Situation in Gaza katastrophal. Das Leben zehntausender Menschen ist durch fehlende Lebensmittel, durch die Zerstörung fast der gesamten Infrastruktur einschließlich des Gesundheitswesens akut bedroht.
   Dieses Vorgehen der israelischen Regierung ist weder mit dem Recht auf Selbstverteidigung nach den Massakern, die die Terror-Organisation Hamas am 7. Oktober 2023 begangen hat, zu rechtfertigen noch vereinbar mit dem humanitären Völkerrecht.
   Quelle: Blog der Republik

   dazu: **“Bekämpft nicht die Hamas”**
   Laschet: Vorgehen Israels in Gaza völkerrechtswidrig
   International steht Israel wegen des Vorgehens in Gaza in der Kritik. Der CDU-Außenpolitiker Laschet findet deutliche Worte. Außenminister Wadephul pocht auf Humanität.
   Der CDU-Außenpolitiker Armin Laschet hat das Vorgehen Israels angesichts schleppender Hilfslieferungen in den Gazastreifen als völkerrechtswidrig bezeichnet.

“Lebensmittellieferungen, Hilfslieferungen, Medikamentenlieferungen für die Bevölkerung zurückzuhalten, das bekämpft nicht die Hamas”, sagte Laschet in der ZDF-Sendung “Berlin direkt”. Das verstoße gegen internationale Regeln. Völkerrechtsgemäß sei, auch in Kriegen die Bevölkerung zu schützen und die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. “Menschen aushungern zu lassen, ist völkerrechtswidrig”, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag.
Israel hatte Anfang der Woche eine fast dreimonatige Blockade humanitärer Hilfsgüter gelockert, aber aus Sicht der Vereinten Nationen nur völlig unzureichende Hilfe zugelassen. Die Streitkräfte haben vor etwa einer Woche eine neue Großoffensive gestartet. Täglich werden im Gazastreifen Dutzende Tote gemeldet.
Quelle: t-online

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Endlich kommen mal deutliche Ansagen aus einer deutschen Regierungspartei.*

dazu auch: **“Zu wenig, zu spät und zu langsam”**
Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen warf der israelischen Regierung eine kollektive Bestrafung der Bevölkerung im Gazastreifen vor. Die EU, darunter auch Deutschland, müssten viel mehr Druck auf die israelischen Behörden ausüben, sagte Nothilfekoordinator Franz Luef im Deutschlandfunk nach sieben Wochen Einsatz vor Ort. Israel sei als Besatzungsmacht dazu verpflichtet, die Grundversorgung der Menschen sicherzustellen. Luef beschrieb Situationen, in denen die Helfer hungernde Mütter mit Kindern abweisen mussten, weil die verfügbaren Vorräte nicht ausreichten: “Es zerreißt mir das Herz”, sagte er. “Das sind unmögliche Entscheidungen, die unser Team tagein, tagaus treffen muss.” Es mache wütend, “dass es uns nicht erlaubt ist, hier unsere Arbeit machen zu können und dass die internationale Gemeinschaft hier zusieht”.
Quelle: tagesschau

und: **Auch in Deutschland wächst die Kritik an Israel**
Der Antisemitismusbeauftragte des Bundes, Felix Klein, forderte angesichts des israelischen Vorgehens im Gazastreifen eine ehrlichere Debatte über den Begriff “Staatsräson”. “Wir müssen uns mit aller Kraft dafür einsetzen, die Sicherheit Israels und der Juden weltweit zu bewahren. Aber wir müssen auch klar sagen, dass das keine Rechtfertigung für alles ist”, sagte Klein der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Die Palästinenser auszuhungern und die humanitäre Lage vorsätzlich dramatisch zu verschlimmern, habe nichts mit der Sicherung des Existenzrechts Israels zu tun. “Und es kann auch nicht deutsche Staatsräson sein.”

Harte Kritik an Israel und Fragen nach der Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht sind für Klein "nicht antisemitisch". Er lehne es aber als "höchst problematisch" ab, Israel einen Völkermord vorzuwerfen: "Von Genozid zu sprechen, ist antisemitisch, weil es Israel als Ganzes dämonisiert." Auch von einem Waffenstopp an Israel hielt er nichts. "Das halte ich nicht für den richtigen Weg", sagte Klein im rbb.
Quelle: tagesschau

8. **Nahost-Experte Olivier Roy: „Israel will die Palästinenser aus dem Gazastreifen vertreiben, koste es, was es wolle"**
Der französische Politikwissenschaftler Olivier Roy gilt als einer der besten Kenner des Nahen und Mittleren Ostens. Zurzeit lehrt und forscht er in Italien. […]
In Deutschland heißt es, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson. In welchem Verhältnis sehen Sie die deutsche Staatsräson zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen?
Die Gründe, Israel zu unterstützen, sind keine „Staatsräson" mehr. Diese Gründe beruhen auf einem moralischen Urteil: Sühne für die unvergesslichen Sünden des Dritten Reiches gegenüber den Juden. Aber wenn wir von moralischen Urteilen und Werten sprechen, gibt es keinen Grund mehr, das Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung zu unterstützen. Es geht nicht mehr um die Sicherheit Israels, sondern um einen Völkermord an den Palästinensern. Die deutsche Haltung grenzt an Mittäterschaft und kalte Blindheit. Immer mehr Juden außerhalb Israels ergreifen nun Partei gegen die Massaker, gerade weil sie sich für die Verteidigung derselben ethischen Prinzipien einsetzen, die eigentlich die Grundlage für die Unterstützung der Gründung des jüdischen Staates sein sollten.
Quelle: FR Online

dazu auch: **UN: Weniger als fünf Prozent des Ackerlands in Gaza nutzbar**
Im Gazastreifen können nach Einschätzung der Vereinten Nationen (UN) nur noch weniger als fünf Prozent der landwirtschaftlichen Anbauflächen bewirtschaftet werden. Grund seien Schäden und Zugangsbeschränkungen, erklärt die stellvertretende Generaldirektorin der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, Beth Bechdol, unter Verweis auf eine satellitengestützte Auswertung. Insgesamt stünden demnach lediglich 688 Hektar oder 4,6 Prozent der Gesamtfläche für den Anbau zur Verfügung. Mehr als 80 Prozent der Anbauflächen, fast drei Viertel der Gewächshäuser und über 80 Prozent der Brunnen seien durch den Krieg beschädigt worden. "Dieses Ausmaß der Zerstörung bedeutet nicht nur einen Verlust an Infrastruktur – das ist auch ein Zusammenbruch des Agrar- und Lebensmittelsystems und der Lebensadern des Gazastreifens."

Quelle: tagesschau

9. **Brexit oder die Freiheit, die ich gar nicht wollte**
   Der 23. Juni 2016 war ein großer Tag. Da entschieden sich fast 52 Prozent aller Engländer für die Freiheit. Sie stimmten für einen Austritt aus der Europäischen Union. Scharlatane wie der immer noch umtriebige Nigel Farage hatten dem Volk versprochen, der Austritt werde dem Land Tag für Tag sehr viel Geld sparen und es werde aufblühen, wenn es endlich die Fesseln der Brüsseler Bürokratie sprengt und sich im Freihandel mit anderen Nationen der Erde verbündet. Nationalisten und Libertäre in allen Ländern Europas jubelten angesichts dieses grandiosen Sieges der Vernunft über den Zwang zu internationaler Kooperation und malten Britanniens Zukunft in den schönsten Farben.
   Heute, neun Jahre später, verhandeln die Briten wieder mit Brüssel – und zwar fast täglich und ohne, dass ein Ende der Verhandlungen absehbar wäre. Es ist so gekommen, wie es ohne weiteres vorhersehbar war. Man musste aber seine nationalen Scheuklappen ablegen, wenn man es sehen wollte. Insbesondere die Tatsache, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit nicht verschwindet, wenn man die legalen Fesseln löst, hätte jedermann vorhersehen können.
   Quelle: Relevante Ökonomik
10. **Aus dem einstmals mächtigen Stahlkonzern wird ein Ökozwerg**
    Mit Thyssenkrupp wird eine Ikone der deutschen Industrie zerschlagen. Doch an ihrem Ende sind nicht nur Managementfehler schuld. Das Ende des Traditionskonzerns ist auch ein Beleg für die voranschreitende Deindustrialisierung Deutschlands.
    Quelle: Cicero